

Kernkraftwerk Brokdorf : Atommüll: Zweifel an Endlagersuche

Von Jens-Peter Mohr – 11. Mai 2019

Brokdorf - Die Suche nach ein Atommüll-Endlager läuft, doch sie steht noch ganz am Anfang. Im kommenden Jahr soll ein erster Zwischenbericht veröffentlicht werden. Nach dem Aus für das geplanten Endlager im niedersächsischen Gorleben, werden dann erstmals neue Eignungsgebiete ausgewiesen.

„Daten von 64 Bundes- und Landesbehörden werden hierfür ausgewertet“, erklärte Stefan Studt, Chef der Endlagersuchgesellschaft BGE beim Dialog-Abend in Brokdorf.

Ob die politische Zielsetzung, bis 2031 einen Standort für ein Endlager auszuwählen, eingehalten werden könne, vermochte er nicht mit Gewissheit zu sagen. Selbiges gilt somit auch für die anvisierten Inbetriebnahme des Endlagers bis 2050.

Die Angst, die in Teilen der Bevölkerung vorherrscht, bleibt somit erstmal bestehen:

Befürchtet wird, dass die atomaren Standortzwischenlager, die auf 40 Jahre angelegt sind, letztlich doch zu Endlagern werden. Genährt werden die Sorgen durch die geplante Rückführung radioaktiver Abfälle aus Großbritannien und Frankreich. Diese beginnt im kommenden Jahr. Bis zu 25 Behälter mit ursprünglich in Deutschland verursachten hochradioaktiven Abfällen, sollen in Zwischenlagern an den Kraftwerksstandorten Biblis, Brokdorf, Isar und Philippsburg bis zur Endlagerung aufbewahrt werden.

Sieben Castoren werden 2023 oder 2024 ins Brokdorfer Zwischenlager gebracht. Per Schiff, Bahn und Lkw findet der Transport statt. Die genaue Route bleibt geheim. In Brokdorf läuft die Betriebsgenehmigung für das Standortzwischenlager im Jahr 2047 aus. Diese müsste gegebenenfalls verlängert werden. Derzeit stehen dort 33 Castoren aus dem eigenen Betrieb. Platz ist für bis zu 100 Behälter.

Eine so genannte „heiße Zelle“ in der beschädigte Castoren repariert werden können, gibt es derzeit nicht. Diese sei aufgrund des hohen Sicherheitsstandards und kontinuierlicher Überwachung der Castoren für die Zeit der Lagerung nicht erforderlich, beruhigen die Experten.

„Im Grundlagenpapier der Bundesregierung steht dennoch, dass die Möglichkeiten vor Ort vorhanden sein müssen, solche heißen Zellen zu errichten, und das ist auch

durch den Antragsteller darzustellen“, erläuterte der Präsident des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BFE), Wolfram König.

So soll vorsorglich sichergestellt werden, dass im als unwahrscheinlich geltenden Fall einer notwendigen Reparatur der verkehrsrechtliche Zustand hergestellt werden kann, damit die Castoren über öffentliche Straßen ins Endlager transportiert werden können.

Die in Teilen der Bevölkerung bestehenden Zweifel und Sorgen werden ernst genommen. Obwohl die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) erst im Juni des vergangenen Jahres zu einer Informationsveranstaltung geladen hatte und sich seither gar nicht so viele neue Informationen angesammelt haben, lud sie nun erneut ins Hotel Sell nach Brokdorf ein. Mit einem Höchstmaß an Transparenz und Informationen sollten Zweifel zerstreut werden.

Rund 60 Besucher folgten der Einladung. „Wir möchten mit den Menschen aus der Region weiter im Gespräch bleiben und uns selbstverständlich an unser gegebenes Versprechen halte, dass wir sie regelmäßig informieren“, betonte Gastgeber Ewold Seeba, Vorsitzender der BGZ-Geschäftsführung. Mit dem Präsidenten des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE), Wolfram König, dem Leiter der Atomaufsicht im Kieler Umweltministerium, Jan Backmann, Sprecher des Castor-Herstellers GNS, Michael Köbl sowie Wilhelm Graf als technischer Geschäftsführer der BGZ hatte Seeba hochkarätige Experten an seiner Seite. Zudem hatte sich mit Stefan Studt, der Chef der Endlagersuchgesellschaft BGE unters Publikum gemischt.

Ausführlich wurde abermals über die Bauweise des Castors HAW28M berichtet, der für die Rückführung der hochradioaktiven Abfälle zum Einsatz kommt. Dieser Behälter soll denselben Sicherheitsstandard aufweisen wie der bereits in Nutzung befindliche Castor V19. Zudem wurde die Sicherheit der Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle erörtert.

Trotz großer Bemühungen fand am Ende der Veranstaltung nicht jeder Kritiker befriedigende Antworten und das Vorgehen ausreichend transparent. „Aufgrund von Terrorschutz und der rechtlichen Verpflichtung Betriebsgeheimnisse zu bewahren, ist es uns schlicht nicht möglich und erlaubt alle Daten zugänglich zu machen“, warb Wolfram König daher um Verständnis.